

Auszug Husumer Nachrichten vom 26. März 2010

Statt bürokratischer Steuerung: Mehr Kompetenzen für die Gemeinden

Nordfriesland

„Die bevorstehende Änderung des Landesentwicklungsplanes macht Hoffnung, dass das Land mehr Vertrauen in kluge Entscheidungen der Gemeinden vor Ort setzt und Wachstum und Beschäftigung einen Vorrang vor zentraler Steuerung und Planung gibt.“ Das betont die Wählergemeinschaft Nordfriesland/Die Unabhängigen in ihrer Stellungnahme zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes (LEP). Ein deutlich verschlankter Plan stärke das Ehrenamt in den Gemeinden und schaffe die Grundlage für Kooperationen der Kommunen als gleichwertige Partner. Deshalb begrüße die WG-NF die Ankündigungen der Koalition zum Thema LEP-Anpassung.

Die Entwicklungsperspektiven der Kommunen in Schleswig-Holstein sind sehr unterschiedlich: „Dem werden landesweit einheitliche Vorgaben nicht gerecht“, so die Unabhängigen. Die Kommunen könnten die eigenen Entwicklungsbedürfnisse selbst am besten einschätzen. „Angesichts der Haushaltsnot von Land und Kommunen können wir uns eine zentrale bürokratische Steuerung bis in jede Gemeinde hinein und Hindernisse für die Gewerbebetriebe nicht leisten“, bekräftigt die Wählergemeinschaft. Die Landesplanung müsse sich auf die Lösung der regional und landesweit bedeutsamen Raumordnungs-Probleme beschränken.

Eine entsprechende Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes beeinträchtigt die Entwicklung der größeren Kommunen in keiner Weise: Ihnen sollen weder bisher noch künftig irgendwelche Beschränkungen auferlegt werden. Zahlreiche Beispiele belegen nach Aussagen der WG-NF, dass Städte und ländlicher Raum bei ausreichendem Willen beider Seiten zur Partnerschaft auf Augenhöhe in der Lage sind und sich untereinander abstimmen können. Weniger staatliche Steuerung sei gut für die Kommunen insgesamt und stärke die kommunale Planungshoheit.

In diesem Sinne bringt die Wählergemeinschaft in die heutige Sitzung des nordfriesischen Kreistages einen Dringlichkeitsantrag ein. Darin wird darauf verwiesen, dass den Kommunen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels eine besondere Bedeutung zukommt. Deshalb müssten Voraussetzung geschaffen werden, „damit die Menschen im Land auch zukünftig noch über eine leistungsfähige Infrastruktur verfügen, um die wichtigen öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge in erreichbarer Nähe zu behalten.“ Landesregierung und Landtag sollen aufgefordert werden, „durch eine sachgerechte Landesentwicklungsplanung die richtigen Antworten für die Zukunft Schleswig-Holsteins zu finden“.

hn